

11
Sp

Bund ungarischer Fabriksindustriellen.

Budapest, 11. Juni.

Unter lebhafter Beteiligung der Mitglieder hielt gestern der Bund ungarischer Fabriksindustriellen seine ordentliche Generalversammlung. Der Präsident des Bundes Magnatenhausmitglied Dr. Franz Chorin eröffnete die Versammlung mit einer politisch gefärbten gehaltvollen Rede, in der er die Friedensfrage, die Frage des Wahlrechts und des Ausgleiches behandelte und mehrere wichtige Probleme unserer künftigen wirtschaftlichen Entwicklung beleuchtete. Sowohl diese Rede, wie die finanzpolitischen Ausführungen des Hofrates Franz Vass und die die Regelung der Wareneinfuhr erörternden Darlegungen des Direktors Béla Rechnik fanden den ungeteilten Beifall der zahlreichen Anwesenden, die dem neuen geschäftsleitenden Direktor Dr. Mag Fenyö herzliche Ovationen bereiteten und seinen Amtsvorgänger Sektionschef Dr. Gustav Gratz zum Ehrenmitglied des Bundes wählten.

Die Generalversammlung nahm folgenden Verlauf:

Eröffnungsbrede des Präsidenten Chorin.

Präsident Dr. Franz Chorin verwies zunächst nach Begrüßung der Mitglieder darauf, daß unsere Feinde, von Eroberungsgelüsten hypnotisiert, noch immer darauf ausgehen, die wirtschaftliche Kraft Deutschlands zu brechen und Oesterreich-Ungarn zu zersüßeln. Darauf können wir nichts anderes erwidern, als daß wir bis zum letzten Blutstropfen und bis zum letzten Heller bereit sind, die Integrität unseres Vaterlandes in der sicheren Hoffnung zu verteidigen, daß unsere Opfer unserer gerechten Sache den Sieg bringen werden. Der Präsident gedachte dann des beispiellosen Heldennutes unserer Soldaten und er beschäftigte sich mit der Stockholmer Friedenskonferenz. Gegenüber dem Wunsche der Sozialisten, wonach die territoriale Integrität Serbiens und Rumaniens wieder hergestellt und ihr Kriegsschaden durch alle Großmächte ersetzt werde, verwies der Präsident auf den Treubruch Rumaniens und die Rolle Serbiens, das sich auf Wunsch der russischen Autokratie dazu hergegeben hat, die Konsolidierung der Monarchie durch Nationalitätenumtriebe zu verhindern. Wir müssen Garantien dafür bekommen, daß diese Länder nach dem Kriege ihre Agitation nicht von vorn beginnen. Wenn wir auch auf die uns gebührende Kriegsschadigung verzichten, müssen wir doch zumindest fordern, daß unsere aus der geographischen Lage naturgemäß sich ergebenden wirtschaftlichen Interessen gewahrt werden, was übrigens auch den Interessen der beiden Königreiche entspricht.

Auf die Regierungskrise übergehend, wartet der Bund das Programm der neuen Regierung ab, um aus dem Gesichtspunkte der industriellen Produktion Stellung dazu nehmen zu können. Auch der Bund erblickt ein Mittel der Konsolidierung nach dem Kriege in der Ausdehnung des Wahlrechts. Er hat sich bloß mit der Reform des Wahlrechts der industriellen Arbeiter beschäftigt, da seine Kompetenz in diesem Belange außer Zweifel steht. Wenn sich der Bund aber auch nicht auf das Wahlrecht der nichtindustriellen Arbeiter erstreckt hat, folgt daraus nicht, daß es auf diesem Gebiete nichts zu tun gibt. Der Bund hält die Ausdehnung des Wahlrechts auch hier erwünscht, doch darf die Einheit des ungarischen Staates und die führende Rolle des Ungertums nicht außer acht gelassen werden.

Was den Ausgleich betrifft, so hat der Präsident in der vorjährigen Generalversammlung ausgeführt, daß im Hinblick darauf, daß die Wirtschaftspolitik der Entente nach dem Kriege noch unbekannt ist, ein den Interessen beider Staaten der Monarchie entsprechender Zoll- und Handelsvertrag zwischen ihnen nicht perfektioniert werden könne. Die Regierung war jedoch anderer Ansicht und betrachtete das von ihr zustande gebrachte Ausgleichsabkommen als endgültig. Der Bund, der die Details des Ausgleichs nicht kennt, hofft, daß er Gelegenheit haben wird, sich mit ihnen noch rechtzeitig zu beschäftigen. Was den Handelsvertrag mit Deutschland betrifft, so billigt der Präsident die Schaffung eines engeren wirtschaftlichen Verhältnisses mit Deutschland, das unser Selbstverfügungsrecht nicht verletzt und unsere industrielle Entwicklung nicht lähmt.

Der Präsident beschäftigt sich dann mit der Frage der Mehrproduktion, der Behebung der Verkehrskalamitäten, den notwendigen sozialpolitischen und finanziellen Reformen, sowie mit der Frage des Ueberganges zur Friedenswirtschaft. Der Bund ist bemüht, nach Kräften zur richtigen Lösung dieser Fragen beizutragen. Damit dies ihm aber gelingt, muß jene Strömung aufhören, die gegen die industrielle Produktion gerichtet und die Bestrebungen der Industrie unpopulär zu machen bemüht ist. Man kann nicht oft genug wiederholen, daß die Kräftigung der ungarischen Industrie und die Steigerung ihrer Produktion eine unerläßliche Vorbedingung der wirtschaftlichen Erstarbung des ungarischen Staates ist und daß ohne die Erfüllung dieser Vorbedingung alle sozialen, kulturellen und finanziellen Reformen auf Sand gebaut sind.

Die Tagesordnung.

Nach dieser mit lebhafter Zustimmung und anhaltendem Beifall aufgenommenen Eröffnungsbrede betraute der Präsident den Generalsekretär Franz Fodor mit der Führung und die Mitglieder Rudolf Burcharde-Bélabáry und Oskar Szirmai mit der Authentifizierung des Protokolls. Er stellte sodann der Generalversammlung Dr. Mag Fenyö als in der jüngsten Sitzung des Exekutivkomitees bestellten geschäftsleitenden Direktor vor, der von den Mitgliedern auf das wärmste begrüßt wurde.

Der Bericht über die Tätigkeit des Bundes im abgelaufenen Jahre wurde einhellig zur Kenntnis genommen und der Direktion wie dem Beamtenkörper auf Antrag des Mitgliedes Stefan Szaril Dank votiert.

Der geschäftsleitende Direktor Dr. Mag Fenyö dankte für das ihm dargebrachte Vertrauen und gedachte der Verdienste seiner Amtsvorgänger Dr. Gustav Gratz und Dr. Roland Hegedüs. Er sprach dann über die Probleme der Uebergangswirtschaft, erwähnte, daß die Direktion in dieser Frage eine Eingabe an die Regierung gerichtet hat, und ersucht die Mitglieder, sich über diese Frage zu äußern.

Hofrat Franz Vass lenkte die Aufmerksamkeit des Bundes auf die Frage der ausländischen Zahlungsmittel. Er bemängelte, daß die Oesterreichisch-Ungarische Bank ihre üblichen Wochenausweise nicht veröffentlicht und daß wir über keine genauen Daten betreffend unseren Devisen- und Goldbesitz verfügen. Wir müssen im reinen damit sein, daß wir nichts weiter wünschen können, als unsere Schulden zahlen und unseren Bedarf decken zu können. In dieser Hinsicht sind in der Fachliteratur mehrere Vorschläge gemacht worden. Der eine betrifft die Goldsendung ins Ausland, was jedoch mit Rücksicht auf unseren geringen Vorrat nicht ernstlich in Betracht kommen kann. Der zweite betrifft das Mehrproduktionsprogramm — das ist jedoch die Einstellung eines klugen Gedankens an eine ungeeignete Stelle. Wir bedürfen der Mehrproduktion in allen Zweigen unseres Wirtschaftslebens, allein das erfordert Investitionen und auf diese Art könnten wir unsere Schulden erst nach zehn bis zwanzig Jahren zurückzahlen. Der dritte Vorschlag bezweckt die Aufnahme einer großen Valutaanleihe. Das ist ein richtiger Gedanke, doch kann man nicht daran denken, Valutaanleihen jetzt in Auslande zu placieren. Ein vierter Vorschlag wünscht die Schaffung eines Uebereinkommens mit Deutschland zur Sicherung der Relation zwischen Mark und Krone. Das wäre eine ideale Lösung, doch ist sie sehr schwer zu verwirklichen; in diesem Falle hätten wir damit zu rechnen, daß wir Deutschland Rechenschaft über die Art und Weise der Verwendung dieser Kredite schuldig wären und es steht zu befürchten, daß den Preis einer derartigen Lösung die ungarische Industrie zu bezahlen hätte. Ueberdies ist es — wie vor kurzem Geheimrat Leo Lánczly ausgeführt hat — schwer denkbar, daß das Deutsche Reich der Bankier aller seiner Verbündeten sein könnte. Die Sicherung der Relation darf nicht überschätzt werden. Wir müssen in jenen Ländern Kredit in Anspruch nehmen, in denen wir als Käufer aufzutreten werden. Eine der Friedensbedingungen muß die Sicherung der Rohstoffbeschaffung sein. Redner legt großes Gewicht darauf, daß den ungarischen Interessenvertretungen Gelegenheit geboten werde, die Regierung vor Beginn der Friedensverhandlungen über ihre Wünsche zu orientieren.

Béla Rechnik beleuchtet die Frage der Wareneinfuhr. Wir werden die Einfuhr auch nach dem Kriege auf ein Minimum reduzieren und einen Exportüberschuß schaffen müssen, gegen dessen Ablieferung wir unbedingt Rohmaterial erhalten werden. Bei uns kompliziert diese Frage unser Verhältnis zu Oesterreich, denn es sei zu befürchten, daß wir in der Uebergangswirtschaft auch im Interesse der oesterreichischen Industrie werden Opfer bringen müssen. Wir müssen daher großes Gewicht auf die Schaffung einer entsprechenden Organisation legen, in der die wirtschaftlichen Interessenvertretungen ein entscheidendes Wort mitzusprechen haben, damit sich nicht wie bei der Errichtung des Holzverwertungsamtes ihre Präterierung wiederhole.

Eugen Lukács betonte die Wichtigkeit der Arbeiterfrage aus dem Gesichtspunkte der Uebergangswirtschaft.

Zum Schlusse dankte Präsident Chorin den Rednern für ihre Anregungen, die der Bund in seinen an die Regierung zu richtenden Eingaben benützen werde.

Nach Annahme der vom Generalsekretär Franz Fodor unterbreiteten Schlussrechnungen und des Budgets legte Vizepräsident Dr. Roland Hegedüs den Antrag vor, den gewesenen geschäftsführenden Direktor des Bundes Sektionschef Dr. Gustav Gratz zum Ehrenmitglied zu wählen. Er sieht in der Tatsache der Berufung dieses Mannes zum Sektionschef das alte Bestreben verwirklicht, daß an Stelle der Etikettediplomatie die wirtschaftliche Diplomatie trete. Der Bund hat es seit Jahren betont und gerade Dr. Gratz in seiner jüngsten Parlamentsrede hervorgehoben, daß wenn in unserer auswärtigen Politik, namentlich in der Balkanpolitik, jene Gesichtspunkte zur Geltung hätten kommen können, die von der Industrie seit Jahren als wichtig bezeichnet wurden, auch die Weltereignisse vielleicht sich anders gestaltet hätten.

Der Antrag wurde hierauf mit einstimmiger Begeisterung angenommen und beschlossen, hievon Dr. Gratz telegraphisch zu verständigen.

Zum Schlusse wurden auf Antrag des Mitgliedes Robert v. Szurdah einstimmig gewählt: zum Präsidenten Franz Chorin, zu Vizepräsidenten Roland Hegedüs und Manfred v. Weiß, in die geschäftsführende Direktion Dr. Anton v. Freund und Dr. Julius Kelemen, in das Exekutivkomitee Hugo B. Balázs, Madár Szabó, Richard Laner, Eugen Lukács, Joltán Mautner und Hermann Rosenberg, zum Ersatzmitglied Géza Drucker, in den Ausschuß Dr. Paul Bacher, Albrecht Kreuzer, Arpád Hajts, Adolf Schwarz und James Vogel.

Präsident Dr. Franz Chorin dankte der Generalversammlung für das neuerdings geäußerte Vertrauen und erklärte, die Leitung des Bundes werde im alten Geiste, mit alter Energie und voller Selbstaufopferung weiter arbeiten.